# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25241. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf.

Nr. 234 | Dresden, Freitag den 5. Oktober 1928 | 39. Jahrg.


# Der Anschlag gegen die Demokratie

Der Stahlhelm macht jetzt nähere Angaben über Forderungen, die er bei dem von ihm in Aussicht genommenen Volksbegehren aufstellen will. Es soll einmal der Einfluß des Reichstages auf die Regierungsbildung ausgeschaltet werden. Es wird darüber gesagt:

Wir fordern **Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten** dahingegend, daß **er allein die Minister ernennt und entläßt**, und daß der **Einfluß des Parlaments auf die Regierung ausgeschaltet** wird. Wir begründen diese Forderung mit dem Hinweis darauf, daß in anderen demokratischen Staaten, die eine unabhängige Regierung haben, **dieses System sich als das weitaus bessere** erwiesen hat. **Wir fordern zweitens, daß die Immunität der Abgeordneten begrenzt und daß die Immunität aufgehoben wird,** wenn es sich um Landesverrat, Meineid, Sittlichkeits- und Eigentumsverbrechen handelt. Wir begründen diese Forderung damit, daß wir ein anständiges Parlament haben wollen.

Doch damit nicht genug. Der Stahlhelm will der Demokratie recht gründlich ein Ende machen. Dem Berliner Tageblatt ist der Entwurf zu einem Reichsreformgesetz in die Hände gekommen, das von Berliner Stahlhelmkreisen versandt wurde. Daraus ergibt sich, daß der Stahlhelm folgende feine Pläne verfolgt:

Der Reichspräsident soll nicht mehr vom Volke, sondern **von einem ständisch gegliederten Reichsrat gewählt** werden. Die Regierung jedes Landes sei von einem **obersten Landesbeamten** zu leiten, dem das Recht der Ernennung und Entlassung der Landesminister und der Beamten, der Bestellung, Instruktionen und der Abberufung der Vertreter des Landes im Reichsrat, ferner das Recht auf Auflösung der Volksvertretung zustehe. Dieser oberste Landesbeamte sei auf die Dauer von mindestens fünf Jahren **von einer Körperschaft zu wählen, die zur Hälfte aus Vertretern der Gemeinden und Gemeindeverbände, zur Hälfte aus berufsständischen Kammern des Landes zu bilden sei.** In Uebergangsvorschriften werde festgelegt, daß zur Durchführung **dieses Gesetzes binnen einem Monat ein Reichsverweser und für jedes Land ein Landesverweser zu wählen sei. Die Frist, für die der Reichspräsident gewählt wird,** beginne von dem auf die Wahl des Reichsverwesers folgenden Tag an als abgelaufen. Pflichten und Rechte des Reichspräsidenten gehen auf den Reichsverweser über. **Von dem auf die Wahl des Landesverwesers in jedem Lande folgenden Tage an gelte die Landesregierung als zurückgetreten.** Rechte und Pflichten gehen auf den Landesverweser über.

Der Reichspressechef des Stahlhelms behauptet zwar, daß der Stahlhelm mit diesem Reichsreformgesetz nichts zu tun hat. Aber die Stahlhelmleute, die dieses Reichsreformgesetz fabrizierten, handeln ganz folgerichtig. Begnügt sich der Stahlhelm damit, daß die Reichsregierung vom Reichspräsidenten ernannt wird, so könnten sich unter Umständen einmal Folgen ergeben, die den Stahlhelmleuten sehr wenig gefielen, denn es ist nicht gesagt, daß der Reichspräsident immer Hindenburg heißt, und daß er immer nur Minister ernennt, die den Stahlhelmleuten gefallen. Solches Unheil kann aber vermieden werden, wenn der Reichspräsident nicht mehr vom Volke gewählt wird, sondern von einer Körperschaft, die nicht mehr aus Volkswahlen hervorgeht wie der „ständisch gegliederte Reichsrat", der das Ideal der Stahlhelmleute ist. Wie ein solcher Reichsrat aussehen würde, kann man sich ungefähr denken. Leute vom Schlage der Hugenberg und Kompanie würden dort das große Wort führen können.

Ebenso wie der Reichspräsident sollen auch die sogenannten Landesverweser, die in den Ländern die Macht in die Hand bekommen sollen, von einer Körperschaft gewählt werden, die nicht demokratisch zusammengesetzt ist. Es zeigt sich hier wieder einmal recht deutlich, daß dieser Stahlhelm nichts weiter ist als eine Organisation, die den großen Herren von der sogenannten Wirtschaft alle Macht in die Hände spielen will.

Gemeine Demagogie ist es, wenn es die Stahlhelmleute so darstellen, als ob im Reichstag Meineids-, Sittlichkeits- und Eigentumsverbrecher sitzen können. Der Fall ist noch nie vorgekommen, daß derartige Verbrecher tatsächlich durch die Immunität geschützt wurden. Etwas anders kann es freilich bei Abgeordneten liegen, die auf Grund des Landesverratsparagraphen verfolgt werden. Kaum jemals wird sich eine Reichstagsmehrheit finden, die Landesverräter schützt, die wirklich diesen Namen verdienen, Leute, die etwa gegen Geld militärische Geheimnisse verraten haben. Aber man weiß ja, was heute alles von unsern Justizbehörden unter Landesverrat verstanden wird. Den Leuten vom Stahlhelm kommt es natürlich darauf an, zu verhüten, daß solche Abgeordnete, die es etwa einmal wagen sollten, das gemeingefährliche Treiben von Fememördern und ähnlichem Gesindel aufzudecken, vor den Staatsanwälten und Richtern geschützt werden können, die so gern bereit sind, den Feinden der Republik mit dem Landesverratsparagraphen zu Hilfe zu kommen.

Für das Treiben der Stahlhelm-Reaktion hat die republikanische Oeffentlichkeit nur ein Hohnlächeln. Ein paar Gernegroße möchten eine verjumpfende kapitalistische Söldnergruppe wieder auf die Beine bringen und machen Geschrei.

# Die Reparationsfrage

Die Frage der Endlösung des Reparationsproblems tritt mehr und mehr in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Dabei tauchen Kombinationen und Vermutungen auf, die ohne amtlichen Hintergrund meistens von Seiten stammen, denen es mit einer Verständigung nicht allzu ernst ist. Das gilt auch von den Meldungen über angebliche französische Forderungen in Höhe von 30 oder 34 Milliarden Mark. Eine solche Forderung würde nach dem Schlüssel von Spa eine deutsche Gesamtschuld von ungefähr 70 Milliarden Mark ergeben, also weit mehr, als Deutschland nach dem Dawes-Plan jemals zu zahlen hat. Danach dürfte es sich bei den französischen Nachrichten um reine Tendenzmeldungen handeln.

Das amtliche Frankreich wünscht zweifellos in erster Linie eine Befreiung von seinen Auslandsschulden. Die anderen alliierten Staaten werden verständlich ähnliche Forderungen aufstellen. Das würde zu einer Gesamtsumme führen, die nach dem heutigen Wert 24 Milliarden Mark oder bei der in der Reparationsfrage üblichen Verzinsung (5 Prozent Zins und 1 Prozent Tilgung) einen Betrag von 1440 Millionen Mark im Jahre ergeben würde. Die französische Regierung wünscht außerdem die Uebernahme eines Teiles ihrer inneren Kriegslast durch Deutschland. Der hier in Frage kommende Betrag wurde neuerdings von dem französischen Sachverständigen Seydoux auf 500 bis 500 Millionen Goldmark jährlich beziffert. Die Bereinigung dieses Problems wird außerordentlich schwierig sein, da es sich hier um strittige Forderungen handelt.

Von alledem abgesehen, werden bei der Endlösung vor allem zwei Probleme im Vordergrund stehen und immer wieder auftauchen. Das eine ist die sogenannte Transferfrage, d. h. die Frage, inwieweit es möglich sein wird, die von der deutschen Regierung erhobenen Steuerbeträge in der Form von Waren oder Devisen ohne Gegenleistung für das Ausland umzuwechseln und aus Deutschland herauszubringen. Es ist bisher entgegen allen anfänglichen pessimistischen Auffassungen gelungen, unseren Verpflichtungen gerecht zu werden. Immerhin handelt es sich dabei um die Hälfte der Summe, die nach der Rechnung des französischen Sachverständigen Seydoux als jährliche Gesamtleistung in Betracht kommen wird. Mit dem 1. September 1928 hat bereits die enorme Steigerung der Leistungen um 750 Millionen Mark begonnen. Ob und wie sie aufgebracht werden können, steht heute noch nicht fest. Eine absinkende Konjunktur vermag der Lösung dieses Problems große Schwierigkeiten zu bereiten. Vorerst bewahrt uns der Transfer vor den gefährlichsten Folgen. Abgesehen davon enthält der Dawes-Plan die Zusage, daß durch die Reparationsleistungen die Lebenshaltung unserer Bevölkerung nicht unter die der großen Ententeländer gedrückt werden soll. Auf die Erfüllung dieser Zusage ist bei den bevorstehenden Verhandlungen der größte Nachdruck zu legen; denn nur dann ist die Endlösung zur Not auch vor den arbeitenden Schichten unseres Volkes zu verantworten.

Das zweite nicht minder wichtige Problem ist die Frage, wieviel man von der Schuld „kommerzialisieren", d. h. wieviel Kapital für die von uns zu zahlenden Zinsen auf den Märkten der Welt aufgebracht werden kann. Auf dem kürzlich abgehaltenen Züricher Soziologenkongreß hat einer der bekanntesten Bankfachleute erklärt, daß es auf absehbare Zeit kaum möglich sein werde, eine Anleihe von mehr als 10 Milliarden Schweizer Frank auf dem Weltmarkt unterzubringen. Vieles wird natürlich davon abhängen, wie die betreffende Anleihe ausgestaltet wird. Die hier gegebenen Möglichkeiten im einzelnen zu untersuchen und vor allen Dingen auch die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, wird eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung für die nächste Zeit sein.

Deutschland will die Endlösung! Es ist sicherlich bereit, auf eine wirtschaftlich und sozial tragbare Grundlage zu treten. Sind die Alliierten dazu ebenfalls entschlossen, indem sie auf überspannte Forderungen von vornherein verzichten, dann sind wir der endgültigen Festigung der europäischen Wirtschaftsgrundlage und damit dem Frieden bald wieder ein Stück näher gekommen.

# Die dritte Großmacht

## Eine Epistel über die Presse

Wir möchten hier einmal eine Rede verzeichnen, die bei einer offiziellen Gelegenheit vom Stapel gelassen wurde, und wie wenige verdient, wiedergegeben, ausgeschnitten und weitergereicht zu werden. In Berlin tagte gestern die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Bei dem Festbankett im Zoologischen Garten waren Ehrengäste, behördliche Spitzen des Reiches, Preußens und der Stadt Berlin und eine beträchtliche Anzahl Vertreter aus den Bezirken des Geistes- lebens und der Wirtschaft anwesend. Einer der offiziellen Festredner hielt vor diesem Forum folgende Rede:

„Hier ist allerhand gesagt worden über die Bedeutung der Presse, über ihre Aufgaben und ihren Wert. Es hieß, die deutsche Presse gehöre zur besten der Welt. Der Herr Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, nannte die Blätter die dritte Großmacht: Parteien, Parlament, Presse. Gestatten Sie mir, jenes Mindestmaß von kritischer Betrachtung, das bei so wichtigen Tagungen nicht fehlen darf, wenn unsere Reden nicht zu einem farblosen offiziellen Bankettgeschwätz entarten sollen. Gewiß ist die deutsche Presse für uns immer noch eher zu ertragen, als die amerikanische Sensationspresse, die ebenfalls mit Familienklatsch beträchtlich gefütterte englische oder die französische Boulevardpresse. Aber das kann für uns kein Trost sein, denn wenn wir die Entwicklung der deutschen Presse in den letzten Jahrzehnten betrachten, so sehen wir, daß auch sie, rein journalistisch gesehen, der Amerikanisierung verfällt. **Der Sensationsgeist wächst, die Aktualität geht auf Kosten der Gründlichkeit, ein Blatt sucht das andere des Geschäfts wegen mit Sensationen und fiebernder Schnelligkeit zu übertreffen, und die größten Auflagen,** die Massenauflagen, haben leider jene Sensationsblätter, die ein solid gearteter Zeitungsleser nicht gern in die Hände nimmt. Die Aufmachung ist alles, der Inhalt nebensächlicher. Die schreienden Ueberschriften mehren sich, überschreien sich, und am Schluß dieser Entwicklung steht wohl die Plakatsäule, jene nur mit Ueberschriften arbeitende Orientierung, wie sie der größte Teil der amerikanischen Presse bereits erreicht hat. Wenn eine Versammlung wie die unsere über die Bedeutung der Zeitung im öffentlichen Leben spricht, dürfen wir an diesen Erscheinungen nicht vorübergehen und müssen sagen, daß — zunächst rein moralisch, nicht politisch betrachtet — diejenige Zeitung sich Verdienste erwirbt, die dieser Amerikanisierung, dieser Sensationsmache, diesem Kultus aufregender unkontrollierbarer Nachrichten und einander überbrüllender Ueberschriften am wenigsten nachgibt und am meisten Widerstand leistet.

Eine andere peinliche Erscheinung an der Presse ist das Ueberhandnehmen des großkapitalistischen Einflusses, der Aufkauf einer beträchtlichen Zahl von Zeitungen durch den Konzern- und Trustkapitalismus. Ich brauche wohl keine Namen zu nennen. Sie alle wissen, wie viele ehedem bedeutende und in einem bestimmten geistigen und politischen Sinne unabhängige Zeitungen in den Besitz kapitalistischer Gruppen übergegangen sind, in deren Dienst sie die öffentliche Meinung zugunsten privatkapitalistischer Interessenströmungen machen, **ohne daß die Oeffentlichkeit über die finanziellen Hintergründe dieser Meinungsmache hinreichend orientiert** ist. Wenn z. B. der Hugenberg-Konzern eine Schar Blätter in seinem Dienst hat, eine andere Schar durch ein von seinem Gelde vergiftetes Korrespondenzwesen stark beeinflußt, so ist das ein gemeingefährlicher Einfluß, den Wirtschaftsmagnaten zum Nutzen ihrer privaten materiellen Interessen auf das öffentliche Leben erlangen.

Dieses Bankett ist hier nicht der Ort, diese Schäden in ihrer ganzen Breite und Bedeutung darzustellen und über Abhilfsmaßnahmen zu reden, aber ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, an die gesamte deutsche Presse die Anregung zu geben, daß endlich einmal die Pressetagung kommt, die sich mit diesen ständig wachsenden Krebsschäden der sogenannten bürgerlichen Presse beschäftigt. Auf der Tagesordnung dieser Aussprache müßte auch das leidige Thema stehen: Der Einfluß der Inserate auf den redaktionellen Inhalt der bürgerlichen Presse."

•

Wir haben dieser Rede nichts hinzuzufügen, können aber den Namen des Redners leider nicht nennen. Hätte sie einer gehalten — er wäre nicht weit gekommen. Man hätte ihm das Wort entzogen, woraus der geneigte Leser ersehen wolle, daß die Rede gar nicht gehalten wurde. Sie rutschte uns nur so aus der Feder, als wir das inhaltlose Bankett-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281005/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG